

# Für Wismut-Altlasten weitere 229 Millionen Euro bewilligt



In Bad Schlema wird derzeit nahe dem Kurzentrum die Halde 65 abgetragen und ein Großteil der Fläche zur uneingeschränkten Nachnutzung saniert. Sie wurde bis 1957 aufgeschüttet, ein Jahr später der Schachtbetrieb eingestellt. Sanierungskosten: acht Millionen Euro.

FOTO: UWE ZENKER/MEDIENSERVICE&DESIGN

Sachsen und der Bund finanzieren weiter bis 2035 die Sanierung von Altstandorten des Uranbergbaus im Freistaat. Rund 1000 Objekte stehen noch auf der Warteliste.

VON GABI THIEME

**AUE-BAD SCHLEMA** – Viele Bürgermeister, vor allem im Erzgebirge und Vogtland, können seit Freitag aufatmen. Nach zähem Ringen zwischen Bund und Freistaat wurde in Bad Schlema das nunmehr dritte Abkommen zur Sanierung von Altlasten des Uranerzbergbaus aus den Anfangsjahren der Wismut besiegelt. Danach stellen Bund und Land von 2022 bis 2035 zu gleichen Teilen weitere 229 Millionen Euro für die Beseitigung solcher oft strahlenden Hinterlassenschaften und Gefahrenstellen in Sachsen bereit. Dazu gehören Halden, kontaminierte Uranabsetzbecken, nicht fachge-

recht verwarhte Schächte und Grubenbaue, alte Aufbereitungsanlagen und zu Ruinen verkommene Betriebsgebäude. Sie stammen aus den 1940er- und 50er-Jahren. Die Wismut hatte Erkundung und Abbau von Uranerz vielerorts früh wieder eingestellt und sich aus unergiebigem Orten rasch zurückgezogen. Um die Hinterlassenschaften kümmerte sich auch nach der Wiedervereinigung zunächst niemand. Denn die Sanierung solcher Altstandorte gehört nicht zu den Aufgaben des seit 1991 bundeseigenen Unternehmens, das auf Basis des Wismut-Gesetzes seither Bergbahnhinterlassenschaften beseitigt. Das Gesetz schließt Liegenschaften und Objekte aus, die vor 1962 an Kommunen oder auch private Eigentümer zurückgingen – egal, welche Gefahren von ihnen ausgehen.

Nach zähem Ringen um Zuständigkeiten und Gelder beschlossen Bund und Freistaat, die Sanierung solcher Altlasten gemeinsam aus einem gesonderten Topf zu finanzieren. Ein erstes Abkommen dazu wurde 2003 auf den Weg gebracht: Bund und Land stellten damals für

zehn Jahre 78 Millionen Euro für Altstandorte zur Verfügung.

„Nach nicht einmal fünf Jahren war klar, dass das Geld nicht reichen würde, auch weil ständig neue Altlasten gemeldet wurden, die keiner auf dem Schirm hatte“, berichtet Wismut-Projektleiter Manfred Speer. Bereits 2007 war ein zusätzlicher Bedarf von 138 Millionen Euro ermittelt worden. Doch ein Folgeabkommen ließ auf sich warten. Nach schwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Land trat es schließlich 2013 in Kraft. Es sichert bis 2022 weitere 138 Millionen Euro zu.

Projektträger war von Anfang an wegen ihrer Kompetenz die Wismut, die mit der Umsetzung aber zu 80 Prozent Fremdfirmen beauftragte. Bisher profitierten davon rund 100 Ingenieurbüros, Bau- sowie Bergsicherungsunternehmen fast ausschließlich in Mitteldeutschland. Seit Beginn der Sanierung wurden laut sächsischem Wirtschaftsministerium 260 komplexe Sanierungsmaßnahmen abgeschlossen, darunter Altlasten in Orten wie Johannegeorgenstadt, Annaberg-Buchholz und Schneeberg, die jeweils

mehrere Millionen Euro verschlangen. Mit den nunmehr zugesicherten 229 Millionen Euro steht noch einmal mehr als doppelt so viel Geld zur Verfügung wie im Zeitraum von 2003 bis 2022. Wichtige Maßgabe der Geldgeber: Bis 2035 müssen alle Altlasten in Sachsen beseitigt sein.

Laut dem Verantwortlichen für die Altstandorte, Manfred Speer, sei das zu schaffen, auch wenn sich die Kosten seit 2007 etwa verdoppelt hätten – sowohl durch höhere Baupreise als auch durch strengere Umweltauflagen. Bisher sei man in 45 Kommunen mit 450 Einzelobjekten befasst gewesen, weitere 15 Orte befänden sich noch in der Warteschleife. In Summe gehe es noch um etwa 1000 Schadstellen und Einzelobjekte. Zu den größten Sanierungsvorhaben, die noch anstehen, gehört die Sanierung der Collmberghalde in Dresden, weitere Abschnitte des Markus-Semmler Stollns in Schneeberg, mehrere Objekte in Johannegeorgenstadt und die Absetzanlage Dänkritz 2 im Landkreis Zwickau. Auch im Osterzgebirge und im Vogtland sind unter anderem noch etliche Halden zu sanieren.